



Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich bitte mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1990 beginnen: Am 3. Oktober war in Deutschland die Wiedervereinigung vollzogen und der SED-Unrechtsstaat war am Ende. Viele in Deutschland hegten damals die Hoffnung, dass wir ab jetzt nie mehr auf Basis einer sozialistischen oder sonstwie gearteten Ideologie regiert werden würden. Bei einer pragmatischen Politik ist bekanntlich der Staat für die Bürger da, im andern Fall der Bürger für die Umsetzung der Ideologie. Die Geschichte, insbesondere die deutsche Geschichte hat gezeigt, dass Letzteres immer Einschränkungen der Freiheit und ganz besonders wirtschaftlichen Niedergang bis hin zum wirtschaftlichen Untergang zur Folge hat.

Leider haben sich die Optimisten, zu denen ich mich auch rechne, getäuscht: Eine Ideologie ist wieder da und sitzt längst an den Schalthäben der Macht, der wirtschaftliche Niedergang ist in Deutschland bereits in vollem Gange und ist jetzt auch in unserer Region angekommen. Auch in unserer Region haben laut IHK-Konjunkturumfragen die heimischen Unternehmer die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen noch nie so schlecht beurteilt wie derzeit und der Haushalt in unserem Kreis zeigt ein nie dagewesenes Minus.

Schuld an der Misere sind keine dunklen Mächte im Ausland, sondern die eigene Politik, die eben nicht mehr den Bürger im Blick hat. Nicht Putin hat unsere Kernkraftwerke abgeschaltet sondern die Berliner Politik. Auch die seinerzeitige Null- und Negativzinspolitik sowie die Überflutung der Eurozone mit Liquidität, sprich: mit Geld, ist nicht in Moskau beschlossen worden, sondern in Frankfurt von der EZB. Beides erhöht die Preise für Unternehmer und Verbraucher massiv.

Viele Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen für den heimischen Verbraucher anbieten, müssen schließen; andere, die ihre Erzeugnisse exportieren können, verlagern ihre Produktionsstätten ins Ausland. Der Begriff Deindustrialisierung beschreibt die Misere sehr treffend.

Auch z.B. unser Bildungswesen, dessen Ergebnisse sowohl Universitäten und Hochschulen als auch Unternehmer bitter beklagen, hat nicht per Anweisung aus dem Ausland eine Tendenz weg von der Wissenvermittlung zur Verbreitung von Ideologie erfahren, sondern durch Entscheidungen im Inland.

Mittlerweile merken immer mehr Menschen in unserem Land und offenbar auch in unserem Kreis, welche Auswirkungen diese Politik hat und protestieren öffentlich dagegen. Landwirte, Speditionen, überhaupt ein Großteil des Mittelstands nehmen ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in Anspruch.

Was machen nun die Regierungsparteien in Bund und Land und was macht unser Landrat? Ändert die hohe Politik ihre Richtung, hält sie wenigstens inne oder, was am besten wäre, tritt sie zurück? Gibt es deutlich, auch öffentlich ausgesprochene Kritik des Landrats an den vielen Belastungen, die man uns aufzwingt?



Laut Landesverfassung NRW, Artikel 78 Absatz 3 muss für die Übertragung von Aufgaben, die zu einer wesentlichen Belastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände führt, ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die entstehenden Aufwendungen geschaffen werden. Wird diese sogenannte Konnexität eingehalten oder nicht? Wenn ja, dürften unsere Ausgaben nicht so durch die Decke schießen, wenn nein, muss man darauf hinweisen und sich auf die Verfassung berufen.

Also, was machen die Politiker? Weder treten sie zurück noch halten sie inne und überdenken ihre Politik. Nein, wie seinerzeit der SED-Staat organisieren sie Demonstrationen gegen die Opposition, die auf diese Mißstände aufmerksam macht. Selbstverständlich und ganz ohne Zweifel sind diese Aktionen genauso durch das Grundgesetz gedeckt wie diejenigen der Bauern und anderer Gruppen. Was aber nicht gelingen wird, ist die Aufmerksamkeit der Menschen auf Dauer von den Mißständen im Land abzulenken. Diese Mißstände werden durch noch so viele Demos gegen Rechts, was ja seit neustem auch die CDU einschließt, nicht weniger sondern immer mehr.

Niemand von uns allen, weder die Kreisverwaltung noch der Kreistag konnte zu Beginn der laufenden Amtsperiode ahnen, dass uns so viele Krisen begleiten würden: zuerst Covid, danach die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und drittens der Cyberangriff. Im Gegensatz zu den anderen Krisen war die Haushaltsskrise allerdings vorhersehbar und im Grunde nur eine Frage der Zeit. Sie unterscheidet sich auch dadurch von den anderen Themen, dass sie nach heutigem Stand nur äußerst schwer zu lösen sein wird. Ohne Umdenken in der hohen Politik wird es garnicht gehen. Nicht zuletzt aus diesem Grund lehnen wir den Haushalt ab.

Ein weiterer Grund für unsere Ablehnung besteht in der mangelnden Wahrnehmung von Sparbemühungen. Unsere Vorschläge zur Kosteneinsparung, z.B. die Reduzierung des Kreistags oder die Unterlassung der Aufblähung unserer Leitstelle wurden abgelehnt, Beispiele für Kosteneinsparungen in der Kreisverwaltung wurden nicht genannt.

Ich will aber nicht schließen, ohne eine Bemerkung zu den Haushaltsberatungen hier im Kreistag, genauer gesagt in den Fachausschüssen loszuwerden: Es ist nicht hinzunehmen, dass auf Antrag einer Fraktion, hier der CDU, diese Beratungen einfach von den jeweiligen Tagesordnungen heruntergenommen werden. Damit fallen Fachfragen der Ausschussmitglieder aller Fraktionen, die unsere Kreisverwaltung auch immer zuverlässig und kompetent beantwortet, einfach unter den Tisch. Als Begründung wird in etwa angegeben, es gäbe in Ihrer Fraktion noch Abstimmungsbedarf. Das lässt natürlich den Schluss zu, dass Ihre Fraktion einfach zu groß ist um sich rechtzeitig einigen zu können; wir werden das Thema demnächst gerne mit den Wählern aufnehmen. Aber im Ernst: Die anderen Fraktionen und der Kreistag insgesamt sollten nicht wegen interner Abstimmungsschwierigkeiten einer Fraktion Nachteile erleiden. Sie haben hier die Mehrheit, aber Sie sind nicht der Kreistag.

Zum Schluss noch einige wenige Sätze zum Thema innere Sicherheit in unserem Kreisgebiet: An einem Infostand von uns in Olpe hat mich mal eine Passantin angesprochen und dabei auch gesagt, welcher Partei sie nahe steht, nicht der unseren. Dies hat sie mit den Worten begründet, solange es hier friedlich zugehe, würde sie unsere Partei nicht brauchen. Schauen wir uns jetzt mal an, was die Medien z.B. im Februar über Lennestadt berichtet haben:



Zitat: Noch in diesem Jahr sollen auch die Außendienstmitarbeiter der Stadt Schutzwesen bekommen, die zum Beispiel vor Stichverletzungen schützen. Hintergrund ist das „gestiegene Aggressionsverhalten“, dem die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, insbesondere der Ordnungsbehörde, außerhalb ihrer Büros ausgesetzt sind. Solche Vorfälle mehren sich offenbar.
Zitatende

Nach der Logik der erwähnten Passantin wären wir also jetzt am Zuge. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.